



Bericht des Stadtrates zu den hängigen Vorstössen 2019

Departement Finanzen Wirtschaft Sicherheit

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Postulat Infanger betr. Public Private Partnership (PPP)	06.03.2008	19.06.2008	Der Stadtrat verfolgt diese Konzeption weiter im Sinne der Auslegeordnung im Postulat. Konkret soll die Stadthalle Chur AG eine neue Messe- und Eventhalle Obere Au planen, bauen und finanzieren. Zurzeit laufen Vorbereitungsarbeiten für einen Gesamtleisterwettbewerb. Die Investitionskosten belaufen sich auf ca. Fr. 27 Mio. Um die Finanzierung sicherzustellen, erwägt die Stadthalle Chur AG den Verkauf des Grundstücks und der Liegenschaft der heutigen Stadthalle. Zusammen mit einer Aktienkapitalerhöhung mit einem oder mehreren neuen Aktionären und einem Beitrag des Kantons (Wirtschaftsförderungsgesetz) ist die Stadthalle Chur AG finanziell in der Lage, die neue Messe- und Eventhalle zu finanzieren. Als Mieterin und Betreiberin der Halle ist in einem ersten Schritt die Betriebsorganisation Sport- und Eventanlagen Obere Au vorgesehen. Ein allfälliges Betriebsdefizit wird voraussichtlich bei der Stadt anfallen.
Auftrag Lurati betr. Videoüberwachung in der Stadt Chur	15.09.2011	02.02.2012	Die Regierung des Kantons Graubünden hat zuhanden des Grossen Rats im Sommer/Herbst 2018 eine Botschaft betreffend Anpassung des kantonalen Polizeigesetzes erarbeitet. Die Botschaft an den Gemeinderat ist für Februar 2020 geplant (Totalrevision des städtischen Polizeigesetzes).
Auftrag Hohl zur Lockerung des Polizeigesetzes	04.02.2016	12.05.2016	Die Botschaft ist für Februar 2020 geplant (Totalrevision des städtischen Polizeigesetzes). Vgl. auch die Ausführungen zum Auftrag Lurati betr. Videoüberwachung in der Stadt Chur.
Auftrag VBK ALÜ 2.1: Aufgabenklärung Finanzkontrolle bezüglich Kontrolle und Beratung	15.12.2016	15.12.2016	Auftrag VBK ALÜ 2.1 an Stadtrat überwiesen am 15. Dezember 2016 (GRB.2016.57). Die Bearbeitung des Auftrags ist noch pendent.





Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag VBK ALÜ 2.1: Unterhalt und Betrieb der städtischen Gebäude inkl. Reinigung	15.12.2016	15.12.2016	Auftrag VBK ALÜ 2.1 an Stadtrat überwiesen am 15. Dezember 2016 (GRB.2016.57) Mit SRB.2016.808 hat der Stadtrat beschlossen, den Stellenplan im Bereich Baulicher Unterhalt via GPK zu erhöhen, was in der Zwischenzeit erfolgt ist. Ob die Reinigung der Verwaltungsgebäude ausgelagert wird, entscheidet der Stadtrat anhand der Erfahrungen aus den Pilotprojekten von GBC und Stadtschule.
Auftrag VBK ALÜ 2.1: Reduktion Beiträge an Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG	15.12.2016	15.12.2016	Auftrag VBK ALÜ 2.1 an Stadtrat überwiesen am 15. Dezember 2016 (GRB.2016.57) Mit der Beantwortung der Interpellation "Neustart Brambrüesch ab 2019" der FDP ist umfangreich über die Absichten und die zukünftige Finanzierung der Bergbahnen Chur – Dreibündenstein AG berichtet worden. Mit der Annahme der Volksabstimmung vom 19. Mai 2019 wird der jährliche Betriebsbeitrag ab Inbetriebnahme der neuen Bahn sistiert. Antrag auf Abschreibung.
Auftrag VBK ALÜ 2.1: Einführung Lohnsummenbudget	15.12.2016	15.12.2016	Auftrag VBK ALÜ 2.1 an Stadtrat überwiesen am 15. Dezember 2016 (GRB.2016.57) Auf die Botschaft vom 12. September 2017 wurde an der GR-Sitzung vom 5. Oktober 2017 nicht eingetreten (GRB.2017.48). In der GPK-Sitzung vom 13. November 2017 beantworteten Urs Marti und Claudia Stebler die offenen Fragen zum Lohnsummenbudget. GPK und Stadtrat sind übereingekommen, das bisherige System beizubehalten. Antrag auf Abschreibung.
Auftrag GPK: Gesetzliche Grundlagen betr. Entschädigung der Stadtratsmitglieder	15.12.2016	15.12.2016	Auftrag GPK überwiesen an der Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 2016 (Antrag GPK aus GPK-Bericht zum Budget 2017 vom 18. November 2016) Der Stadtrat hat am 3. November 2015 einen Beschluss über die Entschädigung der Stadtratsmitglieder für die Einsitznahme im Grossen Rat, in Verwaltungsorganen von Handelsgesellschaften, Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen sowie Körperschaften oder Anstalten des privaten und öffentlichen Rechts gefasst. Der Stadtrat erachtet die entsprechenden kantonalen Bestimmungen (insbesondere zur Region) und die Budgetbeschlüsse in Verbindung mit diesem Beschluss als ausreichend und eine weitere kommunale gesetzliche Regelung als unverhältnismässig und daher nicht als notwendig. / Antrag auf Abschreibung.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag Oliver Hohl und Mitunterzeichnende zur angemessenen Mitwirkung des Gemeinderates bei der WSC	12.04.2018	06.09.2018	Dieser Auftrag ist in Bearbeitung; ein externes Gutachten ist in Bearbeitung.
Auftrag CVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Kultur und Tourismus	08.03.2018	13.12.2018	Dieser Auftrag ist in Bearbeitung.
Auftrag GPK betreffend Rathaus, Ausbau Dachgeschoss und -sanierung: gleichzeitig Erweiterung Rathaushalle auf historischen Zustand prüfen lassen	19.11.2018	13.12.2018	Diese Botschaft wird dem Gemeinderat in der Sitzung vom 20. Juni 2019 unterbreitet.

**Departement Bildung Gesellschaft Kultur**

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Petition "Kulturraum Chur"	04.09.2010	11.11.2010	<p>Mit der Botschaft "Petition Kulturraum Chur" (Nr. 405.03 vom 14. Februar 2011) erklärte sich der Stadtrat bereit, das Thema Kulturraum in spätestens fünf Jahren wiederaufzunehmen (an der GR-Sitzung vom 10. März 2011 nahm der Gemeinderat vom Bericht Kenntnis; GRB Nr. 405.04).</p> <p>Eine neuerliche Botschaft setzt eine umfassende Auslegeordnung hinsichtlich Räume für Veranstaltungen voraus. Ein Projektauftrag für ein Kultur- und Versammlungsraumkonzept erfolgte durch den Stadtrat am 21. November 2017.</p> <p>Das Projekt "Kultur- und Versammlungsraumstrategie" unter der Leitung der Abteilung "Immobilien und Bewirtschaftung" hat per 15. April 2019 erste wichtige Etappen gemeistert. Inzwischen wurden im Rahmen eines externen Auftrags alle in der Stadt Chur bestehenden Kulturräume erfasst und beurteilt. In der zurzeit laufenden zweiten Projektphase wird das bestehende Angebot der Stadt Chur mit der Raumsituation in vier vergleichbaren Schweizer Städten, namentlich Schaffhausen, Neuenburg, Sion und Aarau abgeglichen. Gleichzeitig erfolgt die Definition eines Benchmarks. Nach einer professionellen Auswertung und Beurteilung der Analysen soll der Handlungsbedarf für ein optimales oder angepasstes Raumangebot für Kulturschaffende und Organisatoren von Versammlungen und Vereinsnänsen in der Stadt Chur aufgezeigt werden. Ein priorisierter Massnahmenkatalog mit Kosten und Terminen liegt nach dieser Projekt-Phase 2 als Handlungsempfehlung für den Stadt- resp. Gemeinderat vor.</p>
Auftrag GPK: Prüfung der Wiedereingliederung der Aufgaben des regionalen Sozialdienstes in die städtischen Sozialen Dienste	24.11.2015	17.12.2015	<p>Das Geschäft "Prüfung der Wiedereingliederung der Aufgaben des regionalen Sozialdienstes in die städtischen Sozialen Dienste" wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 13. Dezember 2018 behandelt. Der Gemeinderat hat das Geschäft an den Stadtrat mit dem Auftrag zurückgewiesen, eine bessere Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Sozialamt (SOA) anzustreben und Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Die Sozialen Dienste und das Kantonale Sozialamt trafen sich am 9. Januar 2019, um eine Auftragsklärung herbeizuführen. Am 16. April 2019 fand eine ganztägige Retraite zwischen dem Kantonalen Sozialamt und den Sozialen Diensten statt, um das Vorgehen bezüglich Optimierung der Zusammenarbeit zu klären. Das Kantonale Sozialamt und die Sozialen Dienste haben bezüglich Vorgehen zur Abarbeitung der Schnittstellenprobleme einen Konsens gefunden. Die entsprechenden Handlungsfelder wurden identifiziert. In einem nächsten Schritt erfolgt die Zeitplanung der Bearbeitung der identifizierten Handlungsfelder.</p>



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag Tscholl zur Anpassung der Verordnung zum Kulturförderungsgesetz der Stadt Chur	21.06.2018	13.12.2018	Der vom Stadtrat als Antwort auf den Auftrag Tscholl verfasste Bericht schlug vor, zusammen mit den Churer Anbietern der ausserschulischen Musikerziehung eine gemeinsame "Zukunftsstrategie" zu erarbeiten. Der Gemeinderat hat den Auftrag am 13. Dezember 2018 im Sinne dieser Erwägungen überwiesen. Das Projekt unter der Leitung der Kulturfachstelle startete am 1. April 2019 mit der Definition eines gemeinsamen Projektauftrags. Ziel ist demnach das Vorliegen eines von den verschiedenen Anbietern konsolidierter Entwurfs der Zukunftsstrategie per Mitte/Ende 2020, das Vorliegen eines Umsetzungsplans der Zukunftsstrategie bis Mitte 2021 und eine GR Botschaft mit konkreten Massnahmen im 1. Quartal 2022. Projektteilnehmer sind die aktuellen Anbieter ausserschulischer musischer Erziehung, weitere Anspruchsgruppen, Fachexperten, Vertreter der Stadtschule sowie der Kultur- und Bildungskommission.

**Departement Bau Planung Umwelt**

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Postulat Schädler betr. Linksabbieger Rosenhügel	16.05.2002	12.09.2002	<p>Diese Verkehrslösung ist Bestandteil des Agglomerationsprogramms und Gesamtverkehrskonzepts 2030. Die Mitfinanzierung durch den Bund (Agglogelder) ist im Herbst 2010 vom Bundesparlament beschlossen worden. Neu wurde das Projekt Linksabbieger Rosenhügel vom Agglo 1 ins Agglo 4 verschoben. Dies bedeutet, dass die heutigen geringfügigen Agglogelder Rosenhügel neu in das Projekt Welschdörflibrücke mit Ausführung 2020 verschoben werden. Das neue Projekt Rosenhügel mit Kosten von 16 - 20 Mio. Franken wird neu ins Agglo 4 aufgenommen.</p> <p>Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Tiefbauamt geplant und finanziert. In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Tiefbauamt wurde ein Gesamtverkehrskonzept Stadt erstellt und darin werden die Projekte Linksabbieger Rosenhügel, Hochbrücke St. Luzi, Anschluss Chur Nord (Mitte) sowie Langsamverkehrsmassnahmen und neue öV Lösungen (Tangentialbuslinie) aufgezeigt. Das Gesamtverkehrskonzept 2030 wurde dem Stadtrat vorgelegt und von diesem genehmigt. Die Botschaft zum Projekt wird dem Gemeinderat im September 2019 zur Kenntnisnahme unterbreitet. Der Baubeginn ist neu per 2023 geplant und die Hochbrücke durch den Kanton 2025. Das bestehende Projekt "Linksabbieger Rosenhügel mit Wendekreis" wird im Moment nicht mehr weiterverfolgt. Neue grosszügigere Lösungen mit grösserer finanzieller Beteiligung des Kantons und Bund werden in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Tiefbauamt geprüft und letzterer übernimmt auch die Federführung.</p>
Postulat Durisch betr. Verbesserung Durchgangsverkehr Stadt Chur ins Schanfigg	14.04.2005	21.06.2005	<p>Das Projekt "Hochbrücke" wurde nicht in das Agglomerationsprogramm aufgenommen und muss vom Kanton selbständig finanziert werden. Neu beantragt das Tiefbauamt Graubünden die Aufnahme dieses Projekts ins Agglo 4, was im Zusammenhang mit dem Projekt Linksabbieger Rosenhügel Sinn macht. Gemäss Medienmitteilung und Information des kantonalen Tiefbauamts an das Departement BPU ist es das Ziel, die Hochbrücke (abgeändertes Projekt) mit Baubeginn 2025 zu realisieren. Dieses Geschäft obliegt der Zuständigkeit des Kantons Graubünden.</p> <p>Antrag auf Abschreibung.</p>



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Postulat Steidle betr. Massnahmen gegen die Lärmbelastung durch die A13	06.03.2008	19.06.2008	Das Departement BPU (Tiefbaudienste) wird die Gespräche betreffend Lärmschutzwand im Frühling 2019 mit der Bürgergemeinde neu aufnehmen. Ziel ist es, eine Lösung per Sommer 2020 aufzuzeigen. Zurzeit laufen Variantenabklärungen über den Landbedarf und die Kosten. Neu wird auch eine Lärmschutzwand im Abschnitt Sportanlagen Obere Au geprüft. Erste Gespräche mit ASTRA betreffend Kostenbeteiligung dürften im Herbst 2019 erfolgen.
Auftrag Mazzetta betr. Anpassung des Mühlbach-Gesetzes an den Gewässerschutz und den aktuellen Nutzungsverhältnissen	11.03.2010	17.06.2010	Die entsprechende Botschaft ist zur Behandlung im Gemeinderat im November 2019 geplant.
Auftrag BDP zur Verkehrsverflüssigung beim Anschluss Chur Nord	07.06.2012	12.09.2012	Im Zusammenhang mit dem Gesamtverkehrskonzept 2030 werden neue Lösungen Chur Nord (Mitte) mit dem ASTRA und dem TBA GR (Strasseneigentümer Masanserstrasse und Haldensteinstrasse) im Herbst 2019 besprochen. Nur so kann die Verkehrsproblematik Masans gelöst werden. Kurzfristige Lösungen, wie in der Botschaft vom 6. März 2014 aufgezeigt, bringen keine signifikanten Verbesserungen.
Auftrag Fraktion Freie Liste Verda betr. kostendeckende und verursachergerechte Abfallentsorgung	24.10.2013	30.01.2014	Der Auftrag Fraktion Freie Liste Verda wird zusammen mit der Anpassung der Kehricht-Grundgebühr (Auftrag 3, ALÜ 1.0) im Gemeinderat vom September 2019 behandelt.
Auftrag CVP-Fraktion betr. verdichtetes Bauen in Chur	30.01.2014	10.04.2014	Das Thema verdichtetes Bauen fliesst in die nächste Baugesetzrevision ein.
Auftrag Hohl zur Überarbeitung des Gesetzes über die Abwasseranlagen	15.05.2017	14.12.2017	Der Auftrag wurde mit GRB.2017.59 vom 14. Dezember 2017 überwiesen. Aufgrund des aktuellen Arbeitsstands wird das Geschäft dem Gemeinderat voraussichtlich im Jahr 2020 unterbreitet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt liegen Kennwerte (Kosten, Veränderung im Netz und Vergleiche) vor.
Auftrag FDP-Fraktion betreffend Abänderung des Baugesetzes der Stadt Chur	16.11.2017	12.04.2018	Der Auftrag wurde an der GR-Sitzung vom 12. April 2018 (GRB.2018.10) überwiesen. Aufgrund des aktuellen Arbeitsstands wird das Geschäft dem Gemeinderat voraussichtlich im ersten Halbjahr 2020 unterbreitet werden.



Aktenauflage

Hängige Vorstösse

Chur, 14. Mai 2019